



KURZ-DOSSIER DER GCSC SECURITY KOMMISSION

FÜR DEN INTERNEN DIENSTGEBRAUCH

CHAOS VON LINKS? STRUKTUREN UND IDEOLOGIEN INTERNATIONALER LINKSEXTREMISTISCHER NETZWERKE

Hintergrundinformationen anhand ausgesuchter einschlägiger Publikationen

Stand: 08.06.2020, Ingmar Behrens, Bevollmächtigter des GCSC-Vorstands

Nach wochenlangem Corona-Lockdown strömten am vergangenen Wochenende wieder tausende Menschen in die deutschen Innenstädte. Jedoch nicht zum Einkaufen oder zu einem Café- oder Restaurantbesuch. Der Grund waren Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt sowie Solidaritätskundgebungen für den in den USA bei einem Polizeieinsatz verstorbenen Afroamerikaner George Floyd. Im Anschluss an die überwiegend friedlichen Kundgebungen gab es gewalttätige Auseinandersetzungen von Demonstrationsteilnehmer mit der Polizei.

Schwarz verummte Personen bewarfen Polizeibeamte mit Flaschen, Pyrotechnik und Steinen. Bis in die Nacht hinein lieferten sich in einigen deutschen Innenstädten die Krawallmacher ein Katz-und Maus-Spiel mit der Polizei. In vielen Städten wurde Schaufenster eingeschlagen, die Auslagen verwüstet und die Wände beschmiert.

In dem, auf der linksextremisten Medienplattform „Indymedia Linksunten“, im Internet veröffentlichten Bekennerschreiben wird der Tod von George Floyd als Grund für die Krawalle genannt:

Wütende George Floyd-Sponti in Berlin

von: anonym am: 05.06.2020 - 23:49

Themen: Antirassismus, Soziale Kämpfe, Weltweit

Regionen: Berlin

Kurzmeldung:

George Floyd wurde von einem Bullen ermordet. Er ist einer von Hunderten in den USA, die bei Kontrollen, in den Knästen oder auf offener Straße von Bullen ermordet werden. Wegen ihrer Hautfarbe. Das macht uns unfassbar wütend, doch die Nachrichten der Demos machen Mut auch hier den rassistischen Alltag zu durchbrechen.

Deshalb versammelte sich heute um 22 Uhr eine Sponti und zog mit 250 bis 300 Menschen wütend durch den Neuköllner Richardkiez!

Einige bauten Barrikaden, andere zerstörten die Scheiben von Targobank, Bio-company und Co. oder hinterließen Parolen für George Floyd, Oury Jalloh und all die anderen auf den Fassaden der Häuser. Wir haben Hass auf das System und schicken liebevolle Grüße über Grenzen zu den Revoltierenden! George Floyd - das war Mord! Widerstand an jedem Ort!! Später von anderen mehr

Woher kommen diese offensichtlich gut organisierten und weltweit vernetzten linksextremistischen Gruppen, die in einer seit Jahren bewährten Regelmäßigkeit ganze Straßenzüge mit Sachbeschädigungen und Brandanschläge überziehen? Was sind ihre Themen? Wie gefährlich sind sie und was kann man dagegen machen?

Seit Jahrzehnten organisieren sich gewaltbereite linksextremistische Personen in zahlreichen Aktionsfeldern, wie die Autonomen Gruppen oder Antifa.

AUTONOME GRUPPEN

Als Autonome oder autonome Gruppen werden die Mitglieder bestimmter linksradikaler und unorthodox-marxistischer beziehungsweise anarchistischer Bewegungen bezeichnet. Die Gruppen sind nicht autonom, wie der Name es vermuten lässt, sondern in Bezugsgruppen organisiert. Innerhalb dieser Bezugsgruppen bestehen lose Verbindungen und Netzwerke.

Ziel der Autonomen ist es unabhängig von der bestehenden Gesellschaftsordnung selbstbestimmte Freiräume zu schaffen. Im Allgemeinen verfolgen sie antiautoritäre, sozialrevolutionäre und dem Anarchismus nahestehende Ideale.

Der Begriff „Autonome“ leitet sich aus den italienischen Arbeitskämpfen der Jahre 1968/1969 ab. Hier entstand eine militante Bewegung die sich „Autonomia Operaia“ (Arbeiterautonomie) nannte. Die Demonstrationen der „Autonomia Operaia“ waren von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und zahlreichen Sabotageakten bzw. Anschläge geprägt. Zu „Autonomia Operaia“ gehörten nicht nur Arbeiter und Studenten, sondern auch Obdach- und Arbeitslose, die sich klar von der Kommunistischen Partei Italiens und den Gewerkschaften distanzieren. In einem 1971 erschienenen Strategiepapier heißt es:

„Die Autonomie eines Arbeiterkampfes, der sich von der gewerkschaftlichen und parteilichen Kontrolle befreit, ist offensichtlich etwas anderes als die Autonomie des ständig bewaffneten Proletariats, das seine Diktatur über die Gesellschaft ausübt.“

Dieses Verständnis von einem autonomen Arbeiterkampf, nämlich selbstbestimmte politische Kämpfe unabhängig von gewerkschaftlichen oder parteilichen Bindungen, spontane Bewegung unter Verzicht auf Organisation und Führung, gehören seitdem zur Strategie der „Autonomen“ auch außerhalb Italiens.

Seit 1980 treten die als „autonom“ zu bezeichnenden Gruppen in (West) Deutschlands und in West-Berlin auf. Seit dieser Zeit nehmen autonome Gruppen oftmals an Demonstrationen und Aktionen von sozialen Bewegungen wie der Friedensbewegung, der Anti-Atomkraft-



Bewegung teil. Sie bildeten den Kern der militanten Auseinandersetzungen und dem Widerstand gegen die Polizei.

Seit einigen Jahren besetzten die Autonomen Gruppen weitere Aktionsfelder, wie die Hausbesetzerszene, - beispielsweise in der Hafensstraße in Hamburg, Mainzer Straße, Rigaer Straße und Liebigstraße in Berlin -, und die Antifa, - antifaschistische Aktionen gegen den Rechtsextremismus sowie die antirassistische Bewegung mit Solidaritätsaktionen für Immigranten.

ANTIFA

Die im Zuge der Bundestagswahl 1980 mit einem enormen Aufwand geführte Kampagne „Stoppt Strauß!“ gegen den damaligen Kandidaten der CDU/CSU Franz Josef Strauß gilt heute als die Geburtsstunde der Antifa in Deutschland.

Üblich waren seinerzeit Anstecker mit der Stopp-Strauß-Parole und dem Antifa-Logo. Diese Kampagne war so erfolgreich, dass viele Wähler aus dem linksalternativen Spektrum sich mehrheitlich für die von ihnen als „kleineres Übel“ empfundene SPD entschied. Die im gleichen Jahr als Bundespartei gegründeten GRÜNEN verloren so eine Vielzahl ihrer Wähler und scheiterten an der fünfprozent-Hürde. Helmut Schmidt blieb vorerst weiter Regierungschef in einer Koalition mit der FDP, und eine Kanzlerschaft von Strauß wurde verhindert.

Ein initiales Ereignis für die Antifa war ein Wahlkampfauftritt von Strauß in Hamburg: Am 25. August 1980 demonstrierten im Zuge der Kampagne „Stoppt Strauß!“ in Hamburg etwa 15.000 Menschen trotz eines Demonstrationsverbots gegen einen Wahlkampfauftritt von Franz Josef Strauß. Im Zuge der anschließenden gewalttätigen Auseinandersetzungen wurde ein 16jähriger Demonstrationsteilnehmer von einem Zug der Hamburger S-Bahn erfasst und starb vier Tage später an seinen schweren Verletzungen.

Im folgenden Jahre gründete sich aus verschiedenen Antifa-Gruppen die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) und die Volksfront der KPD/ML. Damit trat 1981 erstmals eine „autonome Antifa“ als Strömung der radikalen Linken hervor.

Die Aktionen der autonomen Antifa zielten zunächst auf rechtsextreme Treffen durch Angriffe auf deren Veranstalter und Veranstaltungsorte. Um der Kritik, man sei nur auf Schlägereien mit Nazis aus, zu begegnen, wollte vor allem die Hamburger Antifa den Kampf gegen Nazis mit dem Kampf gegen den „imperialen Herrschaftsapparat“ verbinden. Ab 1983 erklärte die Antifa das gesamte kapitalistische System in ihren Positionspapieren zum „Staatsfaschismus“.

Der Begriff „Staatsfaschismus“ zeigt besonders anschaulich wie die Antifa dazu neigt, Themenbereiche nach eigenem Befinden zu wechseln. Bisweilen werden bewusst verschiedene Aktionsfelder verknüpft, um dadurch deren eigene Wahrnehmung und Wirkung in der Öffentlichkeit zu steigern. Weiter Aktionsfeldern sind beispielsweise.

ANTIKAPITALISMUS

Ein nach wie vor aktuelles Aktionsfeld ist der Antikapitalismus. Aus Sicht der Antifa kennzeichnen den Kapitalismus nicht nur soziale Missstände, sondern auch gesellschaftspolitische Phänomene wie Faschismus, Nationalismus, Rassismus, Repression, Gentrifizierung und Militarismus. Die globalen Wirtschafts- und Finanzunternehmen bilden vor diesem Hintergrund schon seit längerem den Bezugsrahmen für diverse gewalttätige Protestaktionen.

ANTIGLOBALISIERUNG

Das Thema „Antiglobalisierung“ rückte durch die Proteste gegen den G 20 Gipfel in Hamburg letztmalig in den Fokus linksextremistischer Agitation und Gewalttaten.

Der ökonomische, politische und kulturelle Wandel sowie die damit einhergehende Veränderung der Gesellschaft und ihrer Lebensbedingungen haben in den letzten Jahren zu einer sich weltweit entwickelnden Protestbewegung geführt.

Als Verantwortliche des kapitalistischen Globalisierungsprozesses werden multinationale Konzerne, die Regierungen der wichtigsten Industrienationen sowie Institutionen wie der „Internationale Währungsfonds“ (IWF) oder die „Welthandelsorganisation“ (WTO) angesehen.

GENTRIFIZIERUNG

Ein wesentliches Aktionsfeld, welches insbesondere die Immobilienwirtschaft betrifft, ist der Kampf gegen Gentrifizierung. Der Begriff Gentrifizierung meint generell die Aufwertung eines Stadtteils durch dessen Sanierung oder durch Neubauten.

Aus Sicht der Autonomen wird dadurch die soziale Ungleichheit manifestiert, da diese Art der Stadtteilsanierung mittelfristig zu einer Verdrängung der dort ansässigen Bevölkerung durch wohlhabendere Bevölkerungsschichten führt.

Die Aktionen und Straftaten richten sich gegen diese „antisoziale Stadtumstrukturierungen“. Oftmals diffamieren die Autonomen in Kampagnen kapitalistische Um- oder Neubauprojekte und verweisen auf tatsächlich oder vermeintlich Verantwortliche in Wohnungsgesellschaften, Investoren, Immobilienfirmen, Helfer aus Justiz, Polizei, Politik und Verwaltung sowie entsprechende Unterstützer aus der Wirtschaft.

Diese Kampagnen haben zur Folge, dass es bei den benannten „Schuldigen“ oft zu erheblichen Straftaten kommt, etwa zu Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen. Die Autonomen nutzen das Themenfeld auch, um legitime demokratische Proteste gegen zum Teil rasante Mieterhöhungen sowie gegen Zwangsräumungen durch den Einsatz von gewalttätigen Aktionen zu verschärfen.



Dieses Verhalten verfolgt ureigene Anliegen der Szene. Die Autonomen Gruppen beanspruchen vor allem für sich selbst quasi als unantastbare Inseln im „kapitalistischen Meer“, sogenannte Freiräume außerhalb der „kapitalistischen Verwertungslogik“.

Hierzu zählen sie besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte und selbstverwaltete Kulturzentren, die für die linksextremistische Szene und deren Umfeld als Veranstaltungs- und Versammlungsräume dienen. Solche Szeneobjekte dienen dazu, Konzerte zu veranstalten, Partys zu feiern und Geld zu verdienen. Zugleich bieten sie die Möglichkeit Schulungen durchzuführen, Gäste zu beherbergen und Nachwuchs zu rekrutieren.

Derartige Szeneobjekte gelten deshalb als wichtige Widerstandsstrukturen mit entsprechendem Symbolcharakter, die frei von der Überwachung durch die kapitalistische Herrschaft, frei vom Konformitäts- und Konsumdruck sind. Mancherorts bilden solche „Freiräume“ mit einschlägigen Kneipen, Buchläden und Musikclubs bewusst eine subkulturelle Gegenkultur.

Auf behördlich oder polizeiliche Maßnahmen oder auf Maßnahmen der Eigentümer reagiert die Szene regelmäßig mit schweren Ausschreitungen und Straftaten. Durch eine Verbindung mit unpolitischen und gesellschaftlich marginalisierten Jugendlichen – oftmals mit Migrationshintergrund – erhofft sich die Antifa sich eine Ausweitung der Massenmilitanz.

Ein aktuelles Beispiel ist ein symbolträchtiges Objekt der Autonomen in der Liebigstraße 34 in Berlin. Die 13. Zivilkammer des Landgerichts gab am 3. Juni 2020 der Klage des Eigentümers auf Räumung des Hauses statt. Nach dem Urteil wurde ein Büro der Eigentümer von Autonomen angegriffen. Die Bekennung dazu auf „Indymedia Linksunten“ vom 6. Juni 2020 lautet wie folgt:

Immobilienbüro für die L34 eingeworfen

von: anonym am: 06.06.2020 - 00:23

Themen: Freiräume Gender Repression Soziale Kämpfe Weltweit

Kurzmeldung:

Das Gericht hat über die Liebig34 geurteilt: Seit Mittwoch, dem 3.6. liegt das Räumungsurteil gegen das Kollektiv vor. Wir nehmen das nicht einfach hin! Wir sind FLINT-Menschen, die sich mit dem Projekt auf vielen Ebenen verbunden fühlen und stinksauer über die herrschenden Verhältnisse sind!*

In der Nacht vom 4. auf den 5.6. haben wir unserer Wut ein wenig Raum gegeben und Steine in ein Immobilienbüro in Berlin Prenzlauer-Berg (Senefelder Straße) geworfen. Das Büro wirbt wie viele andere mit Wohnraum als Kapitalanlage und trägt damit zum Ausverkauf der Stadt bei. Wir haben den ganzen Mist satt und wollen mit euch weiter die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Liebig34 bleibt! Für mehr militanten Feminismus!

Solidarische Grüße auch an die Aufständigen in den USA und weltweit!

GEFÄHRDUNGSPOTENZIAL

Im Gegensatz zu rechtsextremistischen Gruppen lehnt die Antifa Schusswaffen, militärische Sprengstoffmittel (Brandsätze, sog. Molotowcocktails sind akzeptiert), Mordanschläge und eine identifizierbare

Organisationsform ab. Innerhalb der autonomen Antifa wird die Anwendung von Gewalt breit und detailliert diskutiert. Die Bereitschaft zu Militanz aber ist allgemeiner Konsens!

Die darunter zu subsumierenden Aktionen reichen von gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams, über Sitzblockaden und Gewalt gegen Sachen bis zu situationsbedingter, körperlicher Gewalt gegen Personen. Gezielte Angriffe auf Leib und Leben von Neonazis oder Repräsentanten von Staat und Wirtschaft werden meist, - aber nicht immer -, abgelehnt. Bis heute ist keine ideologisch einheitliche militante Kaderorganisation erkennbar.

WAS KANN MAN TUN?

Einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur Ablehnung der Autonomen Gruppen bzw. der Antifa gibt es – anders als beim Rechtsextremismus - nicht. Ganz im Gegenteil. Viele Politiker der etablierten Parteien sympathisieren mit der bunten Welt der Autonomen und ihrer Subkultur.

So warb der Bundespräsident Frank Walter Steinmeier im September 2018 für ein Konzert gegen „Rechts“ bei dem die Band „Feine Sahne Fischfilet“ auftrat. Diese den Autonomen nahestehenden Band macht aus ihrer Verachtung für Recht und Ordnung und ihre Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols keinen Hehl. „Die nächste Bullenwache ist nur ein Steinwurf entfernt“, heißt es in einem Lied. Im Refrain singt die Gruppe: „Unsere Herzen brennen und der Hass, der steigt.“ Im Song „Staatsgewalt“ aus dem Jahr 2011 heißt es: „Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen und schicken den Mob dann auf euch rauf. Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein und danach schicken wir euch nach Bayern, denn die Ostsee soll frei von Bullen sein.“

Am 26. September 2019 erhielt die Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Bundestag, Martina Renner, von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki einen Ordnungsruf, weil sie bei einer Rede einen Antifa-Sticker am Revers trug.

Am 2. Juni 2020 bekannte sich die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken in Zuge einer Twitter-Solidaritätsaktion zur Antifa. Saskia Esken twitterte entsprechend dem im Netz etablierten Muster unter Nennung ihres Alters: „58 und Antifa. Selbstverständlich.“ Der SPD-Vorstand twitterte den Text mit dem Alter der SPD: „157 und Antifa. Selbstverständlich.“ Kurze Zeit später ruderte Frau Esken zurück und distanzierte sich von den linken Gewalttätern.

Was bleibt ist jedoch, dass je nach Zielsetzung und Inhalt der politischen Diskussion die Antifa bzw. die Autonomen Gruppen mal willkommen und mal unerwünscht sind. Das unbedarfte Kokettieren mit diesen politischen Ideen nimmt zuweilen groteske Züge an.

Die rot-rot-grüne Koalition in Berlin hatte am 4. Juni 2020 mit 86 Ja-Stimmen ein Antidiskriminierungsgesetz gegen 57 Nein-Stimmen im Abge-



ordnenenhaus beschlossen. Das Gesetz sei „ein Meilenstein in der Anti-Diskriminierungspolitik dieses Landes mit bundesweiter Strahlkraft“, so Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne), der das Vorhaben vorangetrieben hatte.

Die Gegner des Gesetzes sehen in dem Gesetz ein ideologisch begründetes Projekt an, das in Wirklichkeit Polizisten und Mitarbeitern der Landesbehörden diskriminiert und die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Unbestritten ist: Es ist gerade die öffentliche Sicherheit in Deutschland, die bislang ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil gegenüber anderen Staaten war. Der Schutz des Eigentums und die Sicherheit in den deutschen Städten vor einem gewalttätigen Mob sind Garant für nachhaltige Investition in deutsche Immobilien.

*Quelle:
ehrenamtliches Mitglied
der GCSC Security Kommission*